

China:

Zerstörung des tibetisch-buddhistischen Klosters Larung Gar stoppen!



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
Internet: www.gfbv.de
E-Mail: info@gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Sarah Olbrich

Redaktion: Inse Geismar

Layout: Tanja Wieczorek, Hanno Schedler

Titelfoto: Bodhicitta / flickr (CC BY 2.0)

**Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im
Oktober 2016**

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	5
2. SCHRITTWEISE ZERSTÖRUNG HAT BEREITS BEGONNEN	6
3. MÖNCHE UND NONNEN WERDEN VERTRIEBEN	7
4. LEITER DES KLOSTERS STARK UNTER DRUCK	9
5. REGISTRIERUNG DER NONNEN UND MÖNCHE	9
6. ZWEIFEL AN CHINAS BEGRÜNDUNGEN	10
7. KOMMUNIKATION GEKAPPT	11
8. SUIZIDE – PROTEST GEGEN DEN ABRISS	12
9. ZERSTÖRUNGEN IN DER VERGANGENHEIT	14
10. EINSCHRÄNKUNGEN DER RELIGIONS-, VERSAMMLUNGS- UND REISEFREIHEIT IN CHINA	14
11. VERTREIBUNGEN AUCH AUS YACHEN GAR	17

1. Einleitung

Larung Gar ist eines der größten buddhistischen Lehrinstitute weltweit. Es befindet sich in der chinesisch kontrollierten Tibetischen Autonomen Präfektur Garze in der Provinz Sichuan und umfasst auch ein Kloster. Dort widmen sich Tausende von buddhistischen Nonnen und Mönche dem intensiven Studium ihrer Religion. Doch seit Mitte Juli 2016 müssen sie hilflos dabei zusehen, wie ihre Häuser abgerissen werden. „An diesem Tag, an dem der Himmel zerstört wird, kommt der Schmerz und das Leiden in meinem Herzen vom tiefen Inneren mit nicht enden wollenden Tränen“, kommentierte ein Tibeter das Zerstörungswerk der chinesischen Behörden. Tausende müssen fürchten, vertrieben zu werden - ein massiver Eingriff in die Religionsfreiheit.

Larung Gar liegt Sichuan auf 4.000 Meter Höhe. Gegründet wurde das Institut 1980 von Khenpo Jigme Phuntsok. Heute ist es das größte tibetisch-buddhistische Zentrum der Erde. Bekannt wurde es durch die Qualität des Studiums und sein Angebot an Lehren, die sonst aufgrund von Restriktionen der chinesischen Behörden zum Teil nur schwer zugänglich sind. Zunächst kamen in Larung Gar nur wenige Studenten zusammen, ihre Zahl wuchs aber stetig. In dicht an dicht gebauten Hütten leben offiziell 8.000 Mönche, Nonnen und Laien, Schätzungen zufolge liegt die Zahl aber bei 10.000, zu Spitzenzeiten sogar bei 40.000 bis 50.000. Auch bei Pilgern, die auf der Suche nach Glück, Heilung oder in der Hoffnung auf eine bessere Wiedergeburt kommen, wurde das Institut in den vergangenen Jahren immer beliebter. In Larung Gar kommen alle tibetisch buddhistischen Traditionen zusammen. Die Menschen widmen sich hier mehrere Jahre dem Studium. Sie haben einen klaren Tagesablauf, der aus verschiedenen Unterrichtsstunden, Meditationen und Diskussionen besteht. Auf dem Lehrplan stehen neben buddhistischen Schriften und Logik auch Astronomie, tibetische Medizin und Fremdsprachen. Der meiste Unterricht findet auf Tibetisch statt. Das Institut ist somit nicht nur ein wichtiges Zentrum für die tibetischen Religionen, sondern auch für die tibetische Sprache und Kultur.

Die höchste Prüfung können Mönche nach 15 Jahren Studium ablegen. Eine Aufnahmeprüfung gibt es nicht. Nach dem Studium kehren die Mönche und Nonnen in ihre Klöster zurück und verbreiten dort oder an neuen Orten buddhistische Lehren. Die Mehrheit der Bewohner sind Nonnen. Da es im tibetischen Buddhismus keine historisch weibliche Linie gibt, werden Nonnen aber nicht voll ordiniert.

2. Schrittweise Zerstörung hat bereits begonnen

Angeordnet wurde die Zerstörung der Institution vom Gouverneur des Bezirks Serthar, Instruktionen kommen aber wohl von der chinesischen Zentralregierung. Präsident Xi Jinping soll die Umsetzung genau verfolgen. Erste Anträge, die die schrittweise Zerstörung Larung Gars einleiten sollen, reichten chinesische Behörden im August 2015 auf dem 6. Tibet Arbeitsforum ein. Konkrete Maßnahmen wurden am 23. April 2016 auf der zweiten nationalen Arbeitskonferenz bekannt gegeben. Im Juni veröffentlichte der Gouverneur des Bezirks Serthar schließlich eine Verordnung mit einem 8-Punkte-Plan. Dieser sieht vor, dass die Bewohner von Larung Gar bis Ende September 2017 auf 5.000 Personen reduziert und dementsprechend viele Gebäude abgerissen werden sollen. Die Zahl der Bewohner und Häuser soll kontrolliert und Laien von Mönchen und Nonnen getrennt werden. Des Weiteren soll das Kloster als Ort der Ausübung der Religion von dem Institut als Ort der Bildung getrennt werden. Außerdem soll die Klosteranlage zu einem System gemeinsamen Managements gezwungen werden: Auf drei Parteikader sollen zwei monastische Amtsträger kommen. Wird die Frist zum Abzug der Bewohnerinnen und Bewohner nicht eingehalten, drohen die Behörden der gesamten Institution mit gewaltsamer Vertreibung und Auflösung.

Am 20. Juli 2016 begann die systematische Zerstörung Larung Gars, wie durch Videos und Fotos in den sozialen Medien bekannt wurde. Der Zeitpunkt war gut gewählt: In Europa wie auch in den USA herrschte das „Sommerloch“. Bis die Parlamente wieder tagten, war China mit den ersten Abrissarbeiten fertig. So gab es sowohl weniger Berichte über die Zerstörungen und Vertreibungen als auch weniger Proteste.

Die Demolierungen verliefen sehr planmäßig und gingen rasch voran. In einer Karte wurden die Häuser markiert, die zuerst abgerissen werden sollten. Daraus wurde ersichtlich, dass Nonnen und ältere Anwohner zu den ersten Betroffenen gehören. Mittlerweile sollen hunderte Häuser zerstört worden sein (Ende Oktober 2016), einige Menschenrechtsorganisationen sprechen sogar von über 2.000 Häusern. Mindestens 1.000 Nonnen und Mönche wurden gezwungen, das Institut zu verlassen.

Die religiösen Leiter des Instituts forderten die Bewohner dazu auf, keinen Widerstand zu leisten. Die Mönche und Nonnen sollten sich nicht um die Zerstörung physischer Gebäude kümmern, sondern mit ihren Studien fortfahren und nicht an Protestaktionen teilnehmen. Sie reagierten mit einer Mischung aus Traurigkeit und Trotz: „Warum? Warum wird eine so große Zahl

an Häusern von einfachen Mönchen und Nonnen, die nur ihre Ruhe suchen und die Lehren Buddhas praktizieren, mit Gewalt zerstört?“, sagte ein Tibeter der Nachrichtenagentur *Radio Free Asia (RFA)*. Ein anderer meinte zu *RFA*: „Wir haben keine Gesetze gebrochen, wir sind in keiner Weise schuldig. Wir gehen unseren eigenen Weg, wir sind für uns selbst verantwortlich und führen ein einfaches Leben. Aber wenn uns solche widerrechtlichen Verordnungen aufgezwungen werden, haben wir keine andere Wahl, als zur Tat zu schreiten.“

Bislang wurde von keinen Zwischenfällen berichtet, dennoch sichern bewaffnete Sicherheitsleute die Abrissstellen. Bevor die Zerstörung begann, wurden schätzungsweise 1.500 Polizisten und Paramilitärs in nahegelegenen Städten und Dörfern stationiert. Dies soll wohl vor allem der Abschreckung dienen.



Larung Gar. Foto: Valerian Guillot/flickr (CC-BY)

3. Mönche und Nonnen werden vertrieben

Auch die Vertreibungen finden sehr systematisch statt. Zunächst waren nur Mönche und Nonnen aus den Regionen Lhasa (auf Chinesisch Lasa), Ngari (Ali), Nagchu (Naqu) und Chamdo (Chengdu) betroffen. Die Familien der Mönche

und Nonnen aus diesen Regionen wurden aufgefordert, ihre Angehörigen aus Larung Gar abzuholen. Zuvor waren die betroffenen Studierenden zusammengerufen, befragt und dazu gedrängt worden, wochen- oder sogar monatelang „politische Erziehungsklassen“ zu besuchen. In diesen Erziehungsklassen sollen die Mönche und Nonnen u.a. dazu gezwungen werden, eine erhöhte Kontrolle ihrer Religion und Klöster durch die Regierung zu akzeptieren.

Zuerst mussten fast alle Einwohner, die aus Lhasa stammen, das Institut verlassen, nur rund 100 Mönche mit einer offiziellen Genehmigung zum Studieren durften bleiben. Auch Nonnen und Mönche aus dem Bezirk Driru (Biru), Nagchu waren unter den ersten, die vertrieben wurden. Denjenigen, die sich weigern zu gehen, werden „Konsequenzen“ für ihre Familien angedroht. Driru wird von den chinesischen Behörden als ein politisch instabiler Bezirk angesehen, da die dort lebenden Tibeter und Tibeterrinnen sich lange geweigert haben, sich gegenüber der Regierung in Peking als loyal zu erklären. Aus diesem Grund gab es in den vergangenen Jahren viele Restriktionen in dieser Gegend.



Larung Gar. Foto: BODHICITTA/flickr (CC-BY)

In einer zweiten Welle werden v.a. Mönche und Nonnen aus den Provinzen Qinghai, Gansu und Yunnan aus Larung Gar vertrieben. In diesen Provinzen im

Westen der Volksrepublik wohnen viele Tibeter und Tibeterinnen, sie gehören aber nicht zur Autonomen Region Tibet (TAR). Alle Mönche und Nonnen aus Qinghai müssen das Institut verlassen, davon ausgenommen sind nur einige wenige, die eine Genehmigung haben. Die Mönche und Nonnen aus Gansu und Yunnan müssen Larung Gar ausnahmslos verlassen. Ihre Familien wurden aufgefordert, ihre Angehörigen abzuholen. Falls nötig, wollen die chinesischen Behörden alle Mönche und Nonnen aus Gansu und Yunnan versammeln und sie zwingen zu gehen.

Die lokalen Behörden müssen Berichte über die erfolgten Vertreibungen und Zerstörungen an die Zentralregierung in Peking schicken. Mitglieder des Instituts wurden angewiesen, keine neuen Häuser zu bauen.

Inzwischen werden denjenigen, die freiwillig das Institut verlassen, Abfindungen angeboten: Sie sollen 20.000 Yuan (in etwa 3.000 US-\$) erhalten. Diejenigen, die freiwillig ihr Haus abreißen lassen, sollen sogar 30.000 Yuan (in etwa 4.500 US-\$) bekommen. Allerdings wurden bislang keine Abfindungen ausgezahlt.

4. Leiter des Klosters stark unter Druck

Die Leiter des Klosters Larung Gar fühlen sich stark unter Druck gesetzt, den Anweisungen der chinesischen Behörden zu folgen. Tun sie dies nicht, müssen sie fürchten, ihre Lehrtätigkeit nicht weiter ausüben zu dürfen.

Berichten zufolge haben sie Nonnen, denen die Vertreibung droht, angeboten, in andere Klöster in Serthar oder Sichuan gebracht zu werden, wenn sie sich zwischen dem 23. September und 28. September 2016 dafür registrierten. Dort könnten sie mit ihren Studien fortfahren und Lehrer kämen zu ihnen, um nach ihnen zu schauen. Alle, die sich nicht freiwillig für eine Verlegung meldeten, setzten sich der Gefahr aus, von den chinesischen Behörden zwangsweise vertrieben zu werden, und man könne nicht garantieren, dass diese Nonnen ihre Studien wieder aufnehmen könnten. Es ist nicht bekannt, ob und wie viele Nonnen dieses Angebot angenommen haben.

In den sozialen Medien kursieren derzeit Fotos und Videos von Nonnen und Mönchen, die Larung Gar mit Bussen verlassen müssen. Allein am 29. September 2016 sollen mindestens 100 Nonnen und Mönche aus Larung Gar weggebracht worden sein.

5. Registrierung der Nonnen und Mönche

Anfang Oktober 2016 wurde darüber berichtet, dass mehr als 300 chinesische Beamte nach Larung Gar gekommen sind, um die Bewohner nach ihrem Aufenthaltsstatus zu fragen. Die Beamten gingen von Tür zu Tür und fragten nach der Heimatstadt und Klöstern der Nonnen und Mönche, um sie ggf. für Vertreibungen vorzumerken. Die Leiter Larung Gars forderten die Nonnen und Mönche dazu auf, zu kooperieren und keine Angst oder Irritation zu zeigen.



Mönche in Larung Gar. Foto: BODHICITTA/flickr (CC-BY)

6. Zweifel an Chinas Begründungen

In der Verordnung wird keine Begründung für die Zerstörung und Reduzierung der Einwohnerzahl Larung Gars gegeben, außer dass die Gemeinschaft einer „ideologischen Führung“ bedürfe. Die chinesische Regierung konsultierte die Bewohner Larung Gars nicht und bezog ebenso wenig die religiösen Führer des Instituts in die Entscheidungsfindung mit ein. Zunächst wurden auch keine Gründe für die teilweise Zerstörung genannt. Als die repressive Politik der Behörden von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen kritisiert wurde, hieß es, die Akademie werde renoviert und nicht abgerissen. Wegen

Übervölkerung käme es zu mangelnden hygienischen Umständen und zu Gesundheits- und Sicherheitsrisiken. Außerdem seien Brandschutzmaßnahmen notwendig, um Feuerwege frei zu machen.

Viele Bewohner und Bewohnerinnen bezweifeln jedoch die offizielle Begründung der Behörden. Sie befürchten vielmehr, dass die derzeitigen Zerstörungen und Vertreibungen ein weiterer Versuch sei, „ihre Leben [der Mönche und Nonnen] zu kontrollieren und Parameter für die religiöse Ausübung nach den Vorstellungen der Staatspartei zu setzen“, berichtete eine ungenannte Quelle der Menschenrechtsorganisation *International Campaign for Tibet (ICT)*. Auch werden die Maßnahmen als diskriminierend empfunden: „Wenn die einzige Möglichkeit, das Problem der Übervölkerung zu lösen, ist, Häuser zu zerstören, warum wird dann die gleiche Politik nicht in den chinesischen Städten implementiert, wo die Bevölkerung zu groß ist? Wo sind die Gleichheit, das Gesetz, der öffentliche Wohlstand, Religionsfreiheit und gleiche Rechte für alle Nationalitäten (wie sie zu sagen pflegten), wenn man die Häuser von unschuldigen Gläubigen, die ihre Religion praktizieren, niederreißt, die ein einfaches Leben führen?“, kommentierte die Menschenrechtsorganisation *Free Tibet Group*.

Auch hat die Politik der chinesischen Regierung selbst dazu beigetragen, dass Larung Gar so eng bebaut und gut besucht ist. Die Behörden verbieten es, weitere Klöster zu bauen. Deshalb ziehen die wenigen Klöster und Institute eine große Zahl an gläubigen Tibeterinnen und Tibetern an. Zum anderem wurde 2002 rund um Larung Gar eine Grenze definiert, außerhalb derer nicht weiter gebaut werden darf. So sollte verhindert werden, dass das Kloster weiter wächst. Die Mönche und Nonnen fingen hingegen an, ihre Häuser dicht an dicht zu bauen.

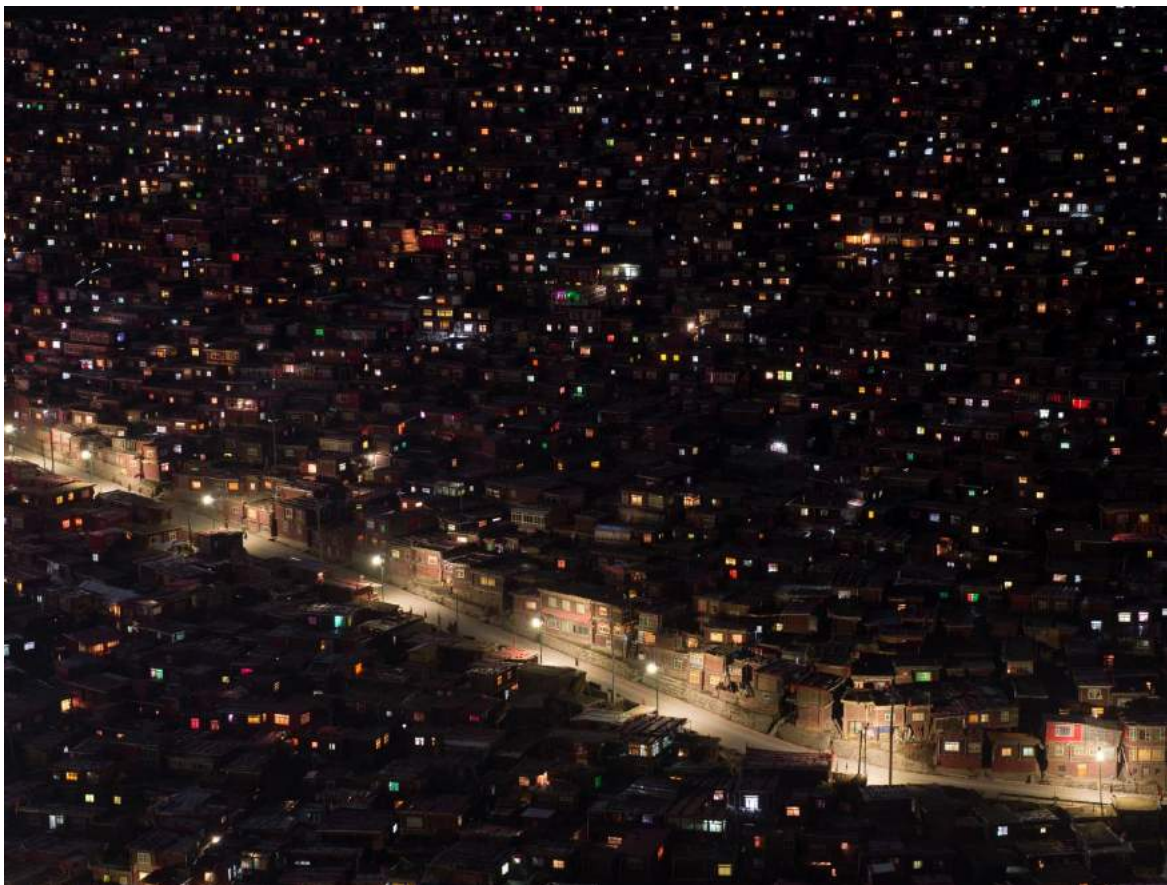
Statt große Teile von Larung Gar zu zerstören und den Mönchen und Nonnen damit ihr Zuhause wegzunehmen, sollten die chinesischen Behörden ihnen erlauben, ihre Häuser auch außerhalb des begrenzten Areals zu errichten. Die derzeitigen Massenvertreibungen scheinen keine Renovierungsarbeiten zu sein, die mit den religiösen Führern hätten abgesprochen werden müssen, sondern eher ein erneuter Versuch, die Religionsfreiheit der Tibeterinnen und Tibetern einzuschränken. Offenbar befürchten die chinesischen Behörden, dass durch die Religion die kulturelle Identität der Tibeter gestärkt wird und sich daraus Widerstand gegen die chinesische Herrschaft entwickelt.

Darüber hinaus wird vermutet, dass die chinesischen Behörden die Gegend um Larung Gar für den Tourismus attraktiver machen wollen. Die Häuser der

Nonnen und Mönche sollten demnach weichen, um Platz für neue Hotels und Restaurants zu schaffen. Diese sollen aber nur von Chinesen, nicht von Tibetern betrieben werden.

7. Kommunikation gekappt

Zurzeit dürfen weder Touristen noch Journalisten Larung Gar besuchen. Deshalb wurden Berichte über den Beginn der Zerstörung vor allem über soziale Medien verbreitet. Fotos und Videos zeigen, wie Häuser eingerissen wurden. Die Kommunikationswege wurden von den chinesischen Behörden überwacht und schließlich gekappt.



Larung Gar bei Nacht. Foto: Geza Radics/flickr (CC0 1.0)

Es ist verboten, sich den Trümmern zu nähern, Fotos oder Videos von den Abrissarbeiten zu machen. Zudem suchen die Behörden aktiv nach denjenigen, die Fotos oder Videos von den Zerstörungen verbreitet haben könnten. Durch diese strenge Überwachung ist eine Berichterstattung nahezu unmöglich.

8. Suizide – Protest gegen Abriss

Besonders betroffen macht der Tod dreier tibetischer Nonnen, die aus Protest gegen die Zerstörung von Larung Gar Suizid begangen haben. Ein weiterer Selbstmordversuch konnte verhindert werden.

Rinzin Dolma aus der Stadt Mewa war gerade mal 20 Jahre alt. Sie lebte in Larung Gar und besuchte das Institut regelmäßig. Am 20. Juli 2016, dem Tag, an dem die Abrissarbeiten begannen, erhängte sie sich. In einem Abschiedsbrief schreibt sie, sie könne den Schmerz über die unendliche Belästigung von unschuldigen Buddhisten, die in Ruhe in dem Institut studierten, durch die chinesischen Behörden nicht mehr ertragen. Es heißt, vor ihrem Tod sei sie deprimiert und besorgt gewesen über die Zerstörung tausender Hütten in der Akademie. Sie hinterließ etwas Geld für das Institut. Ihr Tod wurde erst einen Monat später bekannt, da die chinesische Regierung die Kommunikation nach außen einschränkt. Tsering Dolma erhängte sich am 17. August 2016. Die tibetische Nonne war um die 20 Jahre alt und kam aus der Stadt Mewa im Bezirk Marthang in Sichuan. Wie auch Rinzin Dolma hinterließ sie einen Brief. Die Zerstörung des Instituts deprimierte sie und sie beklagte, dass die Chinesen sie nicht in Ruhe leben ließen.



Zerstörung von Häusern in Larung Gar. Foto: © Tsering Woeser (via Facebook)

Über den dritten Suizid ist zurzeit nur wenig bekannt, da die Kommunikationskanäle gekappt worden sind. Die Nonne Sengma nahm sich das Leben. Sie kam aus dem Dorf Dowa im Bezirk Dzamthang in Sichuan.

Ein weiterer Selbstmordversuch konnte in letzter Minute von Freunden verhindert werden. Über die Nonne ist aber nichts weiter bekannt.

9. Zerstörungen in der Vergangenheit

Schon in der Vergangenheit kam es zu Zwangsausweisungen und Zerstörung in Larung Gar. Im Jahr 2001 gab es zum ersten Mal Massenvertreibungen. Die Zahl der Mönche und Nonnen wurde von 8.000 auf 1.400 reduziert. Um zu verhindern, dass sie wieder zurück in ihre Häuser ziehen, wurden diese zerstört und der Schutt abgetragen. Die Behörden zogen eine Grenze, außerhalb derer nicht weiter gebaut werden darf. So wurde die Bebauung innerhalb dieses Ringes dichter, um die große Zahl an Gläubigen aufnehmen zu können. Im darauffolgenden Jahr wurden wiederaufgebaute Häuser erneut zerstört. Fotos von den Zerstörungen führten zu einem internationalen Aufschrei, der die Behörden innehalten ließ, sodass die Gemeinschaft in Larung Gar ohne Beeinträchtigungen wachsen konnte. 2013 wurden dann Mönche und Nonnen aus Zentraltibet aus dem Institut vertrieben; einige von ihnen wurden inhaftiert und mit bis zu sechs Jahren Gefängnis bestraft. 2015 wurden 1.000 Mönche und Nonnen aus dem Institut vertrieben, 400 von ihnen waren über 60 Jahre alt.

10. Einschränkung der Religions-, Versammlungs- und Reisefreiheit in China

Die Volksrepublik China garantiert ihren Bürgerinnen und Bürgern in der Verfassung ihr fundamentales Recht auf Religionsfreiheit. Das soll oft auch ausländischen Besuchern mit Inszenierungen in Klöstern und Tempeln gezeigt werden. Damit soll der Eindruck erweckt werden, dass die Menschenrechte in China eingehalten und Religionsfreiheit gewährt wird. Allerdings wird dieses Recht in der Praxis oft und massiv verletzt. Bei jeglicher Form der Glaubensausübung, die nicht den offiziellen Bestimmungen entspricht, muss mit Verfolgung und Inhaftierung gerechnet werden. Berichten zufolge werden manche Tibeter und Tibeterinnen allein aufgrund ihrer Religionsausübung

inhaftiert, verschleppt und physisch misshandelt. Zudem werden Haftstrafen ohne Prozess verlängert. Manche Inhaftierte sterben sogar im Gefängnis. Durch neue Gesetze und Regulierungen versuchen die Behörden, alle religiösen Institutionen weitestgehend unter Kontrolle zu bekommen. So ist zu beobachten, dass versucht wird, auf tibetische buddhistische Praktiken und die Wahl neuer religiöser Führer Einfluss zu nehmen.

Die Politik Chinas zielt darauf ab, Klöster zu kontrollieren und die Zahl der Nonnen und Mönche zu reduzieren. Deshalb haben die chinesischen Behörden die Verwaltung einiger Klöster und Tempel übernommen. Zudem überwachen sie religiöse Zusammenkünfte und wirtschaftliche Aktivitäten der religiösen Institute. Sie beanspruchen das Recht für sich, Reinkarnationen zu bestimmen und diese als prominente religiöse Persönlichkeiten einzusetzen. Diese wiederum werden dazu gezwungen, sich für die Regierung auszusprechen und an politischen Erziehungskampagnen teilzunehmen.



Junger Mönch in Larung Gar. Foto: BODHICITTA/flickr CC-BY

Zudem müssen Klöster sich bei der Regierung registrieren lassen. Dies soll verhindern, dass neue gebaut werden. Den Tibetern und Tibetern wird so der Raum verweigert, ihre Religion frei auszuüben.

Die chinesischen Behörden versuchen auch, die Anzahl der Nonnen und Mönche zu reduzieren. So kann Gläubigen von den Behörden verwehrt werden, einen religiösen Dienst anzutreten. Zudem ist die Reisefreiheit von Nonnen und Mönchen stark eingeschränkt: Sie brauchen sowohl eine Erlaubnis von ihrer Bezirks- oder Kreisregierung als auch von der Regierung ihres Zielortes, wenn sie reisen oder in einem anderen Bezirk ihre Religion ausüben, an religiösen Aktivitäten teilnehmen, studieren oder lehren wollen. Auch Maßnahmen wie der Abriss in Larung Gar und die Vertreibung der Bewohner und Bewohnerinnen ist eine gezielte Maßnahme, die Anzahl der Mönche und Nonnen zu verringern.

Die Versammlungsfreiheit wird ebenfalls immer wieder von chinesischen Behörden eingeschränkt. Religiöse Feste und Zeremonien werden regelmäßig verboten. So durfte der 80. Geburtstag des Dalai Lama 2015 in vielen Klöstern nicht gefeiert werden. In Larung Gar wurde 2016 auch eine jährliche im August stattfindende zehntägige Zeremonie verboten. Stattdessen wurde sie in einem nahegelegenen Kloster an einem Tag abgehalten. Sobald die Zeremonie beendet war, wurden die Teilnehmenden aufgefordert, unverzüglich nach Larung Gar zurück zu kehren.

Nonnen und Mönche werden gezwungen, an Umerziehungsmaßnahmen teilzunehmen. Während Kampagnen zur „rechtlichen Erziehung“ lernen sie ihre „Pflichten“ gegenüber der Regierung kennen, um „harmonische Klöster“ zu bilden und „Patriotismus“ zu kultivieren. Dazu gehört auch, dass sie den Dalai Lama denunzieren müssen. Der Dalai Lama ist der spirituelle Führer Tibets und des tibetischen Buddhismus. Obwohl er seit 1959 im Exil lebt, verfügt er über eine moralische Autorität bei den Tibetern und Tibeterinnen und kann ihre Gemeinschaft stark beeinflussen. Viele befürchten, dass die chinesische Regierung nach seinem Tod versuchen wird, den nächsten Dalai Lama auszuwählen. Der jetzige verkündete, es läge an ihm, ob er wiedergeboren werde oder nicht. Solange Tibet nicht frei sei und er im Exil sterbe, werde er auch im Exil wiedergeboren. Daraufhin forderte die chinesische Regierung ihn dazu auf, die nationalen Gesetze zu befolgen und die chinesischen Traditionen zu respektieren. Es läge nicht an ihm, die Reinkarnation zu beenden und er müsse die Gesetze respektieren. Parteiträger beschuldigen den derzeitigen Dalai Lama zudem, er sei ein „gewaltsamer Separatist“, und werfen seinen Anhängern, der „Dalai Clique“, vor, an separatistischen Aktivitäten teilzunehmen und die chinesische Politik abzulehnen. Dies ist sicherlich einer der Gründe, warum jede Form, den Dalai Lama zu würdigen, verboten ist. Dazu zählen der Besitz seiner Lehren, Gebete, die ihm gewidmet sind, sowie, seinen Geburtstag zu feiern. Auch Bilder von ihm dürfen nicht gezeigt oder besessen

werden. Verstöße dagegen werden verfolgt und hart geahndet. Darüber hinaus werden monastische Führer und Gläubige dazu gezwungen, sich vom Dalai Lama zu distanzieren und ihn und seine Bedeutung für den tibetischen Buddhismus zu leugnen.

Religiöse Führer werden in China wegen ihres Charismas und ihrer moralischen Vorbildfunktion immer wieder als Bedrohung wahrgenommen und so zur Zielscheibe der Behörden. Ein prominentes Beispiel ist der elfte Panchen Lama Gedhun Choekyi Nyima. Der Panchen Lama ist eine der wichtigsten Figuren im tibetischen Buddhismus, da er für die Wahl des Dalai Lama verantwortlich ist. 1995 erkannte der Dalai Lama in Gedhuin Choekyi Nyima, einem sechs Jahre alten Jungen, die Reinkarnation des elften Panchen Lama. Die chinesische Regierung wollte den Jungen aber als solchen nicht anerkennen. Zusammen mit seiner Familie wurde er entführt. Ein halbes Jahr später wurde Gyaltsen Narbu von der chinesischen Regierung als Reinkarnation des Panchen Lama eingesetzt. Gedhuin Choekyi Nyima und seine Familie wurden seit ihrem Verschwinden nicht mehr gesehen. Die chinesischen Behörden behaupten, sie würden zu ihrer eigenen Sicherheit vor tibetischen Nationalisten an einem sicheren Ort gehalten. Die Behörden verweigern den Vereinten Nationen, Regierungen sowie Menschenrechtsorganisationen, sich von ihrem Wohlbefinden zu überzeugen. Zwanzig Jahre nach seinem Verschwinden versichern sie lediglich, Gedhun Choekyi Nyima würde ein normales, gesundes Leben führen. Indem die chinesischen Behörden einen Panchen Lama eingesetzt haben, wollen sie sicherstellen, dass sie auch den nächsten Dalai Lama bestimmen können.

Die chinesischen Behörden versuchen weiterhin den tibetischen Buddhismus in eine Institution zu transformieren, die die Prinzipien der Kommunistischen Partei Chinas vermittelt. Indem die Behörden immer mehr Kontrolle in der Verwaltung und religiösen Führung des tibetischen Buddhismus übernehmen, nehmen sie immer mehr Einfluss auf dessen inneren Angelegenheiten. Der Buddhismus ist für viele Tibeterinnen und Tibeter ein wichtiger Teil ihrer kulturellen Identität. Er vermittelt die tibetische Sprache, Lehren und Kultur. Die chinesischen Behörden fürchten, dass er eine nationale tibetische Identität fördere. Maßnahmen, die die Religionsfreiheit verletzen, werden oft damit begründet, man gehe gegen separatistische Bewegungen vor, die die nationale Sicherheit gefährdeten. Klöster werden als Ursprung solcher Aktivitäten gesehen und gelangen so immer wieder ins Kreuzfeuer der Behörden. Auch ein neues Religionsgesetz, das am 7. Oktober 2016 in Kraft trat, gibt Anlass zur Sorge. Die Glaubensfreiheit von Christen, Buddhisten und Muslimen wurde massiv eingeschränkt, indem es lokalen Behörden erlaubt wurde, in

Glaubensfragen einzugreifen. Jede Religionsausübung kann dann unter dem Vorwand der Abwehr von „Sezessionismus“ oder „Einmischung ausländischer Mächte“ eingeschränkt oder sogar verboten werden.

11. Vertreibungen auch aus Yachen Gar

Larung Gar ist nicht das einzige Kloster, das von Massenvertreibungen und Restriktionen betroffen ist. Aus dem 300 Kilometer entfernten Yachen Gar wurden ebenfalls Nonnen vertrieben. Dort leben rund 10.000 Gläubige, die meisten von ihnen sind Nonnen. Seit April 2016 wurden bis zu 1.000 Nonnen aus dem Kloster vertrieben; Zerstörungen sind nicht bekannt. Im Gegensatz zu Larung Gar kann Yachen Gar weiterhin von Touristen besucht werden. Die Nonnen, die Yachen Gar verlassen mussten, dürfen ihre Religion nicht öffentlich ausüben und sich auch keinem anderen Kloster anschließen. Deshalb wurde auch ihre Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt: Sie dürfen nicht in andere Bezirke reisen.